

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 1

Artikel: Frankreich 1967
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337906>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frankreich 1967

Innenpolitische Folgen der französisch-sowjetischen Verständigung

Es wäre absurd, de Gaulles Moskau-Kurs auf eine innenpolitische Wahlspekulation reduzieren zu wollen. Das aussenpolitische Konzept des General-Präsidenten existiert unabhängig von innenpolitischen Fluktuationen. Dennoch trägt das unveränderte zahlenmässige Gewicht der Kommunistischen Partei Frankreichs in der 5. Republik – ebenso wie schon vorher in der 4. Republik – wesentlich dazu bei, die Schachzüge des Elysée zu akzentuieren.

Für de Gaulle und die Gaullisten ist die KPF seit langem salonfähig. Sie war es schon nach dem Zweiten Weltkrieg, als kommunistische Minister in de Gaulles Regierung sassen, damals im Zeichen der aussenpolitischen Verständigung zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Bei ähnlicher aussenpolitischer Konjunktur wird die KPF, vom gaullistischen Standpunkt, ohne weiteres wieder regierungsfähig.

Die Zeit ist reif

Diese weltpolitische Situation ist jetzt eingetreten. Die KPF spendet schon seit über einem Jahr immer lauteren Beifall für de Gaulles aussenpolitischen Kurs. Ihre Kritik beschränkt sich auf zweitrangige Punkte.

Es gibt in Frankreich zwei historische Beispiele für eine direkte oder indirekte Regierungsbeteiligung der KPF: 1936 («Volksfront») und 1942 bis 1946 (de Gaulles erste Regierung).

In den dreissiger Jahren unterstützten die Kommunisten die «Volksfrontregierung» des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Léon Blum, waren aber in ihr nicht vertreten. Die grossen Sozialreformen der französischen «Volksfront» (40-Stunden-Woche, bezahlter Urlaub, Sozialversicherung usw.) wurden von einer sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung ohne Kommunisten durchgeführt – was man im Ausland zu wenig weiss. Erst in den vierziger Jahren wurde die KPF, zuerst im Exil und dann in Paris, zum erstenmal Regierungspartei – unter de Gaulle.

Heute diskutiert man in allen politischen Parteien und Kreisen Frankreichs ganz offen darüber, ob die KPF in nächster Zeit nach dem Beispiel der dreissiger Jahre (also als «loyale» Oppositionspartei) oder nach dem Muster der vierziger Jahre (das heisst als Regierungspartei) wieder am politischen Leben aktiv teilnehmen soll. Man hält es jedenfalls für unvermeidlich, dass die KPF nach de Gaulle oder vielleicht sogar noch unter de Gaulle in dieser oder jener Form zum Zuge kommt.

In diesem Zusammenhang muss man den Beschluss Mitterands und Mollets verstehen, der ausländische Beobachter verblüffen mag, in Frankreich aber

längst erwartet wurde. Die demokratischen Links- und Mittelparteien sind bereit, mit den Kommunisten taktische Wahlabkommen zu schliessen – wie bereits während der Präsidentenwahlkampagne 1965 – und auch über ein gemeinsames Aktionsprogramm zu verhandeln. Ja sie wollen darüber hinaus die KPF für den Fall des Wahlsieges auf positive Regierungsbeteiligung festlegen, schon um demagogischen Oppositionsmanövern vorzubeugen. Selbstverständlich sollen den Kommunisten bestimmte Schlüsselministerien vorbehalten bleiben (Aussenministerium, Innenministerium, Landesverteidigung), wie dies bereits in de Gaulles erster Regierung der Fall war.

Eine Minderheit der demokratischen Linksföderation, insbesondere der Marseiller Bürgermeister, Gaston Defferre, warnt allerdings vor einer «einsitzigen Festlegung». Er unterstreicht, dass ein Wahlpakt mit den Kommunisten «unzureichend» sei und dass man auch mit Lecanuets Zentrumspartei Abkommen schliessen müsse. Mit anderen Worten, auch Defferre spricht sich nicht mehr ausdrücklich gegen jede Vereinbarung mit der KPF aus.

All das ist für ausländische Beobachter unbegreiflich. Man darf aber nicht vergessen, dass Frankreichs Uhren eben schon seit langem «anders» gehen. Die Kommunistische Partei ist hier stärker als anderwärts. De Gaulles Regime und Aussenpolitik schaffen ausserdem eine besondere Situation. Und vor allem: die KPF betätigte sich schon in der Vergangenheit – gerade als Koalitionspartnerin de Gaulles – als «staatserhaltende» und «nationalbetonte» Kraft.

Französische Aussenpolitik und Innenpolitik

Zum Abschluss seiner triumphalen Reise durch die Sowjetunion lud General de Gaulle die sowjetische Führungsspitze zu einem Staatsbesuch nach Paris ein. Nach Ministerpräsident Kossygin kommen im Frühling 1967 der sowjetische Staatspräsident Podgorny und der Generalsekretär der KPdSU Breschnew nach Paris. Der sowjetische Staatsbesuch wird somit nicht nur zu einem Markstein der französisch-sowjetischen Annäherung, sondern auch zu einem Ereignis der französischen Innenpolitik.

Die Salonfähigkeit der KPF hat in den letzten Monaten im gaullistischen Frankreich grosse Fortschritte gemacht. Ein Blick in die gaullistische und in die kommunistische Presse Frankreichs beweist heute schon, wie weit die Annäherung gediehen ist.

So wurden de Gaulles Atomexplosionen im Pazifik von den französischen Kommunisten mit grosser Gelassenheit quittiert, im Kontrast zu früheren Protesten gegen Frankreichs Bruch des Moskauer Atomabkommens. Hingegen wurden die amerikanischen Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong mit sofortigen kommunistischen Kundgebungen vor der amerikanischen Botschaft in Paris quittiert, mit ausgesprochener Duldung durch die französische Polizei.

Mit anderen Worten, die KPF konzentriert ihre Angriffe jetzt immer mehr

auf die amerikanische Aussenpolitik und befindet sich dabei in weitgehendem Einklang nicht nur mit dem Kreml, sondern auch mit dem Elysée. De Gaulles Politik hingegen erhält von den französischen Kommunisten entweder offenen Beifall oder nur milden Tadel.

Über ein Geheimabkommen zwischen Gaullisten und Kommunisten für die nächsten Parlamentswahlen wurde von Pariser Wochenzeitungen berichtet. Demnach wollen sich die beiden grossen Parteien in den nächsten Parlamentswahlen gegenseitig «schonen». Kandidaten der demokratischen oder konservativen Opposition, die nach wie vor für den Atlantikpakt sind, sollen auf keinen Fall unterstützt werden. Die Meldung wurde von gaullistischer und von kommunistischer Seite dementiert, es ist jedoch klar, dass das Zusammenspiel zwischen den beiden Parteien heute schon sehr weit geht.

Die zunehmende Salonfähigkeit der Kommunistischen Partei Frankreichs wirkt auf die Franzosen nicht aussergewöhnlich. Eine Meinungsumfrage ergab kürzlich, dass die meisten Franzosen, also auch Nichtkommunisten, eine Regierungsbeteiligung der KPF unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren. Man darf nicht vergessen, dass die KPF an den ersten Regierungen de Gaulles aktiv beteiligt war und erst infolge des «Kalten Krieges» aus der Regierungskoalition ausschied.

Nachdem das Ende des Kalten Krieges in den französisch-sowjetischen Verträgen dieses Jahres protokollarisch besiegelt wurde, steht einer Wiederbeteiligung der KPF grundsätzlich nichts mehr im Wege. Es handelt sich nur noch um eine entsprechende politische und psychologische Vorbereitung der öffentlichen Meinung, nicht zuletzt der kommunistischen Mitgliedschaft.

De Gaulle, Moskau und die KPF

Die neue Haltung der KPF entspricht einer Taktik, die gegenwärtig auch in anderen westeuropäischen Ländern praktiziert und kürzlich zum erstenmal seit Kriegsende zum Eintritt einer kommunistischen Partei in eine «bürgerliche» Regierung führte: Finnland.

Allerdings stellen sich den französischen Kommunisten eine Reihe von besonderen Problemen. Innenpolitisch sind sie mit den Parteien der demokratischen Linksopposition «benachbart» und bemühen sich, eine Art «Einheitsfront» oder wenigstens taktische Wahlabkommen zustande zu bringen. Aussenpolitisch sind sie aber von diesen demokratischen Links- und Mittelparteien durch eine Kluft getrennt und befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft mit den Gaullisten, die sie ursprünglich als «reaktionär», ja sogar als «faschistisch» bekämpften.

Wäre die KPF wirklich eine unabhängige französische Linkspartei, selbst in «nationalkommunistischem» Sinn, so würde sie, trotz ihrer Sympathie für die Sowjetunion, die innenpolitischen Interessen der französischen Arbeitnehmer voranstellen und auf alle Fälle mit den anderen Oppositionsparteien Front gegen das gaullistische Regime machen. Die KPF-Führung ist aber

nach wie vor in voller Abhängigkeit von Moskau – in weitaus höherem Masse als andere kommunistische Parteien Westeuropas (zum Beispiel Italien) und sogar Osteuropas (zum Beispiel Rumänien). So wird sie im Anschluss an die neuen französisch-sowjetischen Verträge ähnlich wie 1935, nach dem Abkommen Stalin–Laval, wieder zu einer «staatserhaltenden» und «nationalbetonten» Kraft und erspart de Gaulle ernste Sorgen. Die Aussenpolitik des General-Präsidenten macht sich innenpolitisch bezahlt. Wie lange?

Heinz Roschewski

Abbau alter Hypothesen

Die sozialdemokratische Zustimmung zur Liberalisierung des Stipendienartikels der sanktgallischen Kantonsverfassung

Einigen Zündstoff enthält eine im Jahr 1967 reif werdende Änderung der sanktgallischen Kantonsverfassung: die von den Konservativen angestrebte Liberalisierung der Stipendien für Schüler an konfessionelle Schulen. Die erste Lesung im Grossen Rat ergab eine starke Annahme des neuen Stipendienartikels, weil die grosse Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion unter dem Hinweis auf Wandlungen, welche auf katholischer Seite in den letzten Jahren erfolgt seien, sich zur Zustimmung durchgerungen hatte. Die Freisinnigen enthielten sich zum grössten Teil der Stimme; die kleine Landesringfraktion stimmte zu. Die frühere strenge Fassung des Artikels 10 der Kantonsverfassung mit der Beschränkung der Stipendienberechtigung auf den Besuch kantonseigener Mittelschulen beruhte auf der Überzeugung, dass nur an den staatlichen Mittelschulen eine Ausbildung gewährleistet sei, welche der Zusammensetzung des Volkes aus verschiedenen konfessionellen und politischen Richtungen genügend Rechnung trage. Eine Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des sanktgallischen Grossen Rates verwies aber darauf, dass seit der Schaffung des alten Stipendienartikels der Kantonsverfassung grosse politische, wirtschaftliche und soziale Erschütterungen die Welt bewegt haben und dass im Zuge dieser Erschütterungen auch im Katholizismus wesentliche Wandlungen in Gang gesetzt worden seien. Ausdruck davon sind die Enzykliken des Papstes Johannes XXIII. «Mater et magistra» und «Pacem in terris» sowie das II. Vatikanische Konzil. «Wir haben den Eindruck gewonnen», hiess es in der sozialdemokratischen Fraktionserklärung, die im Kanton St. Gallen grosses Aufsehen erregte, «dass massgebende Persönlichkeiten in katholischen Kollegien gewillt sind, an Stelle einseitiger Beeinflussung und Weichenstellung zugunsten einer bestimmten politischen Partei den christlichen Grundsatz der sozialen Verantwortung zu setzen und